Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 9

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Österreich

Bundesheer «am Ende»

Es gehört zur Tradition. Am 26. Oktober, dem österreichischen Nationalfeiertag, fährt das Bundesheer auf. Besonders in Wien, Heldenplatz. Heuer indes droht Übergangsminister für Verteidigung und ehemaliger Berufsoffizier, Thomas Starlinger, die so genannte «Bundesheer-Leistungsschau» abzusagen. Die dafür vorgesehenen «zwei Millionen Euro könne er an anderer Stelle besser einsetzen». Wo, ist ob immensem Finanzdruck nicht klar, denn 2019 muss die Truppe weitere 47 Millionen Euro einsparen, bei einem Budget von etwa 2,3 Mia. (0,6% des BIP). Starlinger sprach deshalb bei seiner Antrittsrede Klartext: «Die Vorratskammer ist leer, im Herbst zeichnet sich eine Dramatik ab». Er brauche mindestens 3 Mia. zusätzlich, sonst wird das Bundesheer im nächsten Jahr bankrottgehen. Die Personal- und Betriebskosten werden dann nämlich höher als die bereitgestellten Mittel sein. Reparaturen werden ausgesetzt, auch Strom- und Wasserrechnungen der Kasernen nicht mehr bezahlt werden können, die Ausbildung der Soldaten sistiert. «Kompletter Stillstand eben», so der Minister. Bereits 2019 wird die renommierte Flugshow «Airpower» in Zeltweg aus dem Ausbildungs- und Dienstbetriebskredit bezahlt. Bei Hochwasser, Schneechaos und anderen Katastrophen wird deshalb niemand mehr ausrücken können. Die Fahrzeuge: veraltet und untüchtig. Der Schutz kritischer Infrastruktur, wenn auch in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium, kann nicht mehr umfassend und flächendeckend gewährleistet werden. Stromblackouts oder Cyber-Angriffe müssen, ohne militärische Unterstützungs- oder Gegenmassnahmen erduldet werden. Kurz, Starlinger ist weit davon entfernt, mit seiner Truppe die in der Bundesverfassung festgelegten Aufgaben erfüllen zu können. Am ehesten würde er noch die Auslandeinsätze streichen (70 Mio. Euro), um wenigstens variable Kosten einzusparen. Aber weder dazu, noch zu anstehenden Rüstungsgeschäften (Helikopter und Flugzeugbeschaffungen) sieht sich der Übergangsminister handlungsbefugt. Er sei zu keinen wegweisenden Entscheidungen ermächtigt, müsse lediglich die wichtigsten Massnahmen für die nächste per Wahl legitimierte Regierung einleiten. Immerhin erhielt er vom Bundespräsidenten Unterstützung. Van der Bellen fordert bereits höhere Investitionen. Auch Generalstabschef Robert Brieger mahnt, es braucht 3 Milliarden Euro. Mindestens. Starlinger, der nach seiner Ablösung wohl wieder als Adjutant zum Bundespräsidenten zurückkehrt, will noch bis Ende September einen umfassenden Zustandsbericht vorlegen. Wenigstens, im Parlament haben unterdessen die SPÖ zusammen mit der FPÖ Budgetanträge von 2,6 Mia. für 2020, respektive 3 Mia. für 2021 eingebracht. Nur, dieser Antrag konterte das Anliegen der ehemals regierenden ÖVP, den Wehretat nachhaltig ab 2021 zu konsolidieren. «Es geht SPÖ und FPÖ ganz offensichtlich lediglich um Effekthascherei vor der Wahl und nicht um sinnvolle Budgetentwicklung», so ÖVP-Wehrsprecher Michael Hammer.

Improvisierte Feldreparatur als letzter Ausweg? Bild:Bundesheer

Mittelmeer

Wo bleiben die Flüchtlinge?

Vom UNHCR registrierte, in Europa ankommende Migranten von Januar bis Juli 2019: 45252. Das sind rund ein Drittel weniger als vor einem Jahr (73852) und weniger als die Hälfte wie 2017 (119349) im gleichen Zeitraum. 2016 waren es noch 260000 Personen in den ersten sieben Monaten. Bemerkenswert, immer noch ist es Griechenland, das wiederum die Hauptlast trägt. Dort sind von insgesamt über 23000 Flüchtlingen 6237 auf dem Landweg angekommen. Zur Erinnerung, im letzten Quartal 2015 kamen in Griechenland jeden dritten Tag mehr als 5000 Migranten an. Gesamteuropäisch waren es im ersten Halbjahr 57% Männer, 18% Frauen und 25% Kinder, hauptsächlich aus Afghanistan (4600), Marokko (4300), Syrien (3300) und Mali (1800). In Italien ging die Zahl der Neuankömmlinge in den ersten 6 Monaten um 83% auf 2779 zurück. Dort wird unterdessen um jedes Rettungsschiff gefeilscht. Stellvertretender Premier und Innenminister Salvini erwirkte einen internationalen Kompromiss und hofft auf die Durchsetzung eines verpflichtenden europäischen Verteilschlüssels für Migranten. Dieser Solidaritätsmechanismus soll im September am South EU Summit in Malta besiegelt werden. Spanien unterdessen droht zivilen, nicht staatlichen Seenotrettern mit Strafen von einer Million Euro, Italien auch. Ein entsprechendes Dekret wurde vom höchsten Vertreter der Handelsmarine Benito Núñez Quintanilla und kurz danach auch von Italiens Salvini erlassen: «alle Aktionen im Zusammenhang mit Flüchtlingen haben den Auflagen über die Search- and Rescuezonen der Mittelmeerstaaten zu entsprechen.» Ebenfalls trug die Abberufung der «EUNAVFOR Med»-Schiffe von den Küstengewässern Libyens, der letzten verbliebenen EU-Militärmission mit Fokus auf die Migrationskrise zum drastischen Rückgang der Flüchtlingszahlen bei. Nur, die Flüchtlinge werden nur in Europa weniger.

Bombardiertes Flüchtlingscamp östlich von Tripoli, Libyen.

Die UNO warnt vor Rückführungen nach Libyen. Im von Konflikt geprägten Land, wo ohnehin schon prekärste Zustände herrschen werden nun auch Flüchtlingslager bombardiert. Gekenterte Schlepperboote werden nicht mehr gerettet, hunderte von Toten an den Stränden von Tunesien angespült. Der türkische Aussenminister Mevlut Çavuşoğlu droht unterdessen: «Wenn die EU weiterhin die Visafreiheit für Türken aufschiebt, dann werde er das Flüchtlingsrücknahmeabkommen künden.» Und Innenminister Süleyman Soylu doppelt nach: «Wenn wir die Schleusen öffnen, wird das keine europäische Regierung für mehr als sechs Monate überleben». Die knapp 3,5 Millionen Flüchtlinge in der Türkei könnten für Erdogan also als Faustpfand gelten, denn seine Beziehungen zur EU waren schon besser. Speziell, seitdem die Türkei Ende Juli vor Zypern mit Öl- und Erdgasbohrungen angefangen hat und damit EU-Sanktionen bewirkte.

Frankreich

Greift nach den Sternen: Verteidigungsministerin Parly.

Aufrüsten im Weltall

Am Tag vor dem Nationalfeiertag, also am 13. Juli, gab Präsident Macron bekannt, aus der Luftwaffe eine «armée de l'air et de l'espace», also Luftwaffe und Weltraumtruppe zu machen. Zu Monatsende erläuterte Verteidigungsministerin Parly vor versammelter Luftwaffenspitze auf der Airbase «Mont Verdun» bei Lyon die exakten Pläne: «Eine verstärkte Weltraumabwehr ist das zentrale Element dieses Ansinnens: Es geht darum, dass unsere Lagebeurteilung eigenständig bleiben kann, unsere Handlungsfreiheit gewahrt wird und wir den Zugang zu unseren Mitteln im Weltraum uneingeschränkt aufrechterhalten können.» Das lässt sich die Grande Nation 4,3 Milliarden Euro bis 2025 kosten. Zuerst werden damit die nötigen Stäbe und Einsatzleitstellen gebildet, etwas mehr als 220 Militärs sind zurzeit damit betraut. Bis 2030 soll das Kommando voll ausgebaut werden. Es geht mittelfristig vor allem auch darum, die Sicherheit der eigenen sich im Weltraum befindenden Infrastruktur zu gewährleisten. So ist es gemäss der Verteidigungsministerin die Absicht, dass «(Nano-)Satelliten mit neuen Kameras, Gewehren und Laser ausgerüstet werden». Dass hier internationales Recht verletzt werden könnte, verneint Frankreich. Das Verbot von militärischen Einrichtungen laut Weltraumvertrag von 1968 scheint gemäss Ministerin Parly hier nicht tangiert: «Wir wollen keinen Krieg der Sterne starten, wir werden nur ein angemessenes und vernünftiges Aufrüsten im All durchführen».

Russland

Nach dem Ende des INF-Vertrages

«Erpressung und Drohung, das ist nicht unsere Sprache, die wir mit wem auch immer sprechen», so der stellvertretende russische Aussenminister Sergej Rjabkow zum Ende des Washingtoner Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme, kurz INF-Vertrag. Wenig mehr als 31 Jahre hielt eines der wichtigsten Regelwerke, das das nukleare Hochrüsten eindämmte. Weil die USA am 1. Februar 2019, mit einer sechsmonatigen Kündigungsfrist ausstiegen, erklärt nun Russland sich einseitig ein Moratorium für entsprechende Mittel- und Kurzstreckenraketen auferlegt zu haben. Rjabkow kritisiert deshalb: «weder die USA noch die NATO hätten bisher darauf reagiert». Der Kreml sieht sich insgesamt denn auch keiner Schuld bewusst, laut dem Pentagon soll aber besonders die SSC-8 genannte Mittelstreckenrakete weiter fliegen als per INF-Vertrag bis vor kurzem erlaubt. Von Kaliningrad aus, wo die Systeme unter anderem stationiert sind, könnte jede europäische Hauptstadt ausser Lissabon anvisiert werden. Klarer Vertragsbruch? Russland gibt an, das seine Raketen nur 480 Kilometer weit fliegen, vertragskonform also. Beides ist unterdessen irrelevant, denn wie UNO-Generalsekretär Guterres zur verfahrenen Situation meint: «Mit dem Auslaufen des Abkommens verliert die Welt einen unschätzbaren Mechanismus, um einen Atomkrieg zu vermeiden». In der letzten Juliwoche wollte man deshalb in Genf noch Nachfolgeverträge besprechen. Die USA sogar mit dem Ansinnen, auch China einzubeziehen. Die Russen zeigten sich davon aber nicht begeistert. Nun, im Grunde ist die derzeitige Situation nichts Neues. Russland (wie auch die NATO) verfügt seit jeher über die Fähigkeit, auch in den «verbotenen» Distanzen zwischen 500–5500 km wirken zu können. Denn der INF-Vertrag bezog sich nur auf landgestützte Systeme. Insofern stellt sich für die NATO die Frage, was nun zu tun sei. Über Jahre lag der Fokus auf der Abwehr ballistischer Langstreckenraketen, die teils im Weltall abzufangen wären. Mittelstreckenraketen passen da heute nicht ganz ins Konzept, respektive fehlt in Europa die nötige Luftabwehr dagegen. Deshalb warnt Russland den Westen auch seit längerem davor, seine Ostgrenzen mit geeigneten Offensivraketen nach- und aufzurüsten. «Wenn das geschieht, lie-

Nun definitiv Geschichte: Reagan und Gorbatschow unterzeichnen 1987 den INF-Vertrag. Bild: NATO

gen alle Optionen auf dem Tisch», so Rjabkow und meint damit die Stationierung russischer Raketen auf Kuba oder in Venezuela. Einer der damaligen Unterzeichner des Vertragswerks, der frühere Sowjetpräsident Gorbatschow, sieht deshalb dunkle Zeiten aufziehen: «Die Weltpolitik wurde unberechenbarer und die Entwicklungen sind chaotisch». Es ist also offen, wie sich die Situation entfaltet. Für viele Beobachter geht es deshalb nur noch darum, das nächste Regelwerk zu retten: 2021 laufen die im Jahr 2010 unterzeichneten New-Start-Verträge zur weiteren Reduktion strategischer Nuklearwaffen aus. Hunderte Male hätte Moskau bereits versucht, mit den USA darüber einen Konsens zu finden, so Präsident Vladimir Putin schon im Juni dieses Jahres und kritisiert: «Washington sei das aber alles recht egal». Denn «wenn dann 2021 alles endet», sei er mehr als bereit. Dann nämlich wird Russland über die neusten Hyperschallraketen verfügen, welche seinem Land – so der Präsident – die nötige Verteidigungsautonomie gewährleisten.

Nordkorea

Erneuter Raketentest

Nordkorea hat anfangs August nach südkoreanischen Angaben erneut zwei Kurzstreckenraketen von seiner Ostküste abgefeuert. Es sei der dritte Raketentest innerhalb weniger Tage gewesen, erklärte der südkoreanische Generalstab laut der Agentur Yonhap. «Wir verfolgen die Lage, sollte es weitere Abschüsse geben, und bleiben in Bereitschaft», hiess es.

US-Präsident Donald Trump bleibt ob der jüngsten Raketentests gelassen und sieht darin keine Verletzung des in Singapur zwischen den USA und Nordkorea beschlossenen Abkommens. «Kim Jong-un hat während der vergangenen Tage drei Kurzstreckenraketen getestet. Diese Raketen stellen keine Verletzung unseres Abkommens dar», schreibt Trump auf Twitter.

Bereits in der Vorwoche hatte Nordkorea Raketen abgefeuert. Die Führung in Pjöngjang stellte dies als Reaktion auf Militärübungen Südkoreas dar. Zwei weitere Raketen am Mittwoch wurden von Pjöngjang als Test eines neuen Raketenstartsystems dargestellt, das nach Angaben der Staatsagentur KCNA eine Schlüsselrolle bei militärischen Bodenoperationen einnehmen soll.

Nordkorea-Experten sehen in den Raketentest vor allem eine Botschaft an die USA. «Die Provokationen sind sorgfältig kalibriert. Nordkorea wird weiter eskalieren, solange die USA bei den Denuklearisierungsverhandlungen nicht ihre Position verändern», sagt Go Myong-hyun von der Seouler Denkfabrik Asan Institute.

Ihm widerspricht der südkoreanische Think-Tank CEDI. «Die Abschüsse sind eine Provokation, doch sie sind gegen Südkorea gemünzt.» Seoul hat in den letzten Monaten das Verhältnis zum Norden abkühlen lassen.

UN-Resolutionen verbieten Nordkorea – das mehrfach Atomwaffen getestet hat – den Start ballistischer Raketen kurzer, mittlerer und langer Reichweite. Solche Raketen sind in der Regel Boden-Boden-Raketen, die einen konventionellen, chemischen, biologischen oder atomaren Sprengkopf befördern können.

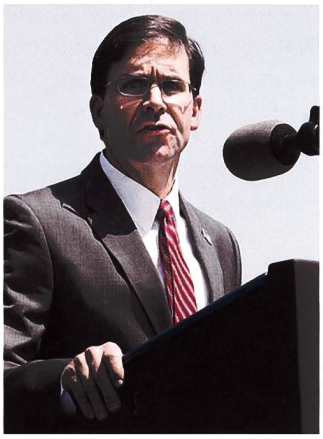
Das japanische Verteidigungsministerium teilte unterdessen mit, dass die neuen Tests keine Auswirkungen auf die nationale Sicherheit hätten. Keines der Geschosse habe japanisches Gebiet erreicht. Nordkorea ist wegen seiner Raketentests und seines Atomprogramms international weitgehend isoliert und mit Sanktionen belegt. Die USA drängen auf Gespräche über eine Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel.

USA

Nach Ende des INF-Vertrages neue Raketen

Nach dem Ende des INF-Abrüstungsvertrages haben die USA die Entwicklung neuer Raketen angekündigt. Das US-Verteidigungsministerium erklärte anfangs August, nach dem Ausstieg aus dem INF-Vertrag werde es sich «vollauf» und als «umsichtige Antwort auf die Aktionen Russlands» der Entwicklung neuer Boden-Luft-Raketen widmen.

Die USA hatten am 2. August 2019 ihren formalen Ausstieg aus dem INF-Vertrag von 1987 verkündet und damit Sorgen vor einem neuen globalen Rüstungswettlauf geschürt.



Neuer US-Verteidigungsminister Mark Esper. Bild: DoD

Mit dem INF-Vertrag ist eines der weltweit wichtigsten Abrüstungsabkommen für Atomwaffen aufgelöst worden. Die USA bestätigten nach einer sechsmonatigen Kündigungsfrist das endgültige Aus für die Vereinbarung mit Russland. Sie war 1987 im Kalten Krieg geschlossen worden und sah vor, dass beide Seiten auf landgestützte atomare Mittelstreckenraketen verzichten. Nun wird ein neues Wettrüsten zwischen den beiden Ländern befürchtet.

Russland sei den Aufforderungen nach einer Zerstörung seines vertragswidrigen Marschflugkörpersystems SSC-8 nicht nachgekommen, erklärte US-Aussenminister Mike Pompeo. Die Vereinigten Staaten könnten deswegen nicht an dem Abkommen festhalten. Russland trage die alleinige Verantwortung für das Aus.

Das Aussenministerium in Moskau erklärte, das Abkommen sei auf Initiative der USA beendet worden. «Washington hat einen schwerwiegenden Fehler begangen», hiess es in einer Mitteilung der Agentur Tass zufolge.

Die NATO-Partner stellten sich unterdessen mit einer gemeinsamen Erklärung geschlossen hinter die Entscheidung der USA. Für das Ende des Vertrags trage Russland die Verantwortung, sagte der deutsche Aussenminister Heiko Maas im Deutschlandfunk. Nun gehe es darum, nicht in einen Rüstungswettlauf einzusteigen und defensiv darauf zu antworten. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte:

«Wir wollen keinen neuen Rüstungswettlauf.» Dafür müsse Russland aber sein Verhalten ändern.

Der russische Vize-Aussenminister Sergej Rjabkow hatte kurz vor dem Auslaufen des INF-Vertrages noch einmal ein Moratorium auf die Stationierung von Raketensystemen mittlerer und kürzerer Reichweite in Europa vorgeschlagen. Dies lehnte Stoltenberg allerdings als «Angebot ohne jede Glaubwürdigkeit» ab. Es gebe in Europa keine neuen Marschflugkörper der USA oder der NATO, dafür aber mehr und mehr russische, sagte er.

Wenn Russland wirklich keine Mittelstreckenwaffen in Europa wolle, sollte es erst einmal damit aufhören, selbst welche zu stationieren, ergänzte Stoltenberg. Zudem könnte Russland die bereits vorhandenen Systeme zerstören.

Die Amerikaner und die NATO werfen den Russen konkret vor, mit ihren Waffen vom Typ 9M729 (Nato-Code: SSC-8) gegen den Vertrag verstossen zu haben, weil sie weiter fliegen als erlaubt. Moskau bestreitet dies und beteuert, vertragstreu gewesen zu sein.

Das russische Waffensystem soll in der Lage sein, Marschflugkörper abzufeuern, die sich mit Atomsprengköpfen bestücken lassen und mehr als 2000 Kilometer weit fliegen können. Russland gibt die maximale Reichweite der SSC-8 hingegen mit 480 Kilometern an. Das wäre vertragskonform, da das Abkommen lediglich den Besitz landgestützter atomarer Mittelstreckenwaffen mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Kilometern untersagte.

Die NATO will nun in den kommenden Monaten entscheiden, wie sie auf das Aus für den Abrüstungsvertrag und die russischen SSC-8 reagiert. Eine Option ist, dass die Bündnisstaaten ihre Präsenz im östlichen Bündnisgebiet und in der Ostsee verstärken und den Schutz kritischer Infrastruktur durch Raketen- und Luftabwehrsysteme ausbauen. Zudem könnten neue konventionelle Waffensysteme und Raketenabwehrsysteme stationiert werden, um Russland abzuschrecken.

China

Hongkong einschüchtern

Ein martialisches Propagandavideo der chinesischen Volksbefreiungsarmee soll die Demokratiebewegung in Hongkong einschüchtern. In dem am 31. Juli in Onlinenetzwerken veröffentlichten Video aus ihrer Hongkonger Garnison erklärte das Militär, es habe alle «Einsatzmöglichkeiten», um die Sicherheit in der Sonderverwaltungszone und Chinas «nationale Souveränität» aufrechtzuerhalten.

Proteste in Hongkong. Bild: AFP

In dem dreiminütigen Video sind unter anderem Panzer, Militärhubschrauber und Granatwerfer zu sehen sowie eine Antiterrorübung der Truppen. Zudem zeigt es eine «Antiaufruhrübung», bei der Soldaten mit Panzerfahrzeugen und Wasserwerfern gegen eine Gruppe von Demonstranten vorgehen.

Zu Beginn ruft ein Soldat auf Kantonesisch – dem in Hongkong üblichen Dialekt – in ein Megafon, die Demonstranten seien für alle Konsequenzen selbst verantwortlich. Zum Schluss führen bewaffnete Soldaten Demonstranten mit hinter dem Rücken verbundenen Händen in Bereiche ab, die als «Arrestzonen» markiert sind.

Gleichzeitig hat der Kommandeur der Volksbefreiungsarmee in Hongkong, Chen Daoxiang, erstmals öffentlich die seit Wochen andauernden Ausschreitungen in der Stadt verurteilt. Der Garnisonschef sprach auf einem Empfang anlässlich des 92. Gründungstags der chinesischen Armee am 1. August. In seiner Rede rief Chen Daoxiang laut der Hongkonger Zeitung South China Morning Post dazu auf, «die nationale Souveränität, Sicherheit, Stabilität und den Wohlstand von Hongkong zu schützen».

Der Finanzdienst Bloomberg berichtete ausserdem mit Verweis auf eine US-Regierungsquelle, dass Truppenbewegungen an der Grenze zu Hongkong beobachtet worden seien. Beobachter verwiesen jedoch darauf, dass es immer wieder zu solchen Bewegungen kommt. Später berichteten chinesische Staatsmedien, dass in der Region 190 000 Polizisten für die anstehenden Feierlichkeiten zum 70. Geburtstag der Volksrepublik am 1. Oktober geübt hätten. An der Übung seien auch gepanzerte Fahrzeuge und Hubschrauber beteiligt gewesen.

Die seit Wochen andauernden Proteste in Hongkong begannen ursprünglich wegen eines umstrittenen Auslieferungsgesetzes der Regierung, das die Überstellung von Verdächtigen an das chinesische Festland erlaubt hätte. Mittlerweile aber haben sie sich zu einer Massenbewegung für demokratische Reformen und gegen den wachsenden Einfluss der chinesischen Regierung in der ehemaligen britischen Kronkolonie entwickelt.

Die Zentralregierung in Peking hatte Hongkongs Regierung dazu aufgerufen, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Sprecher der chinesischen Regierung und des Militärs hatten bislang nicht direkt mit einem Einsatz des Militärs gedroht. Auf Nachfragen von Journalisten machten sie aber auf die Gesetzeslage aufmerksam, wonach Soldaten eingesetzt werden können, wenn Hongkongs Regierung um Hilfe bittet.

Pascal Kohler, Henrique Schneider

+ASMZ
Sicherheit Schweiz

Abo-Bestellcoupon ASMZ

Zum Monatsanfang in Ihrem Briefkasten

Bitte Zutreffendes ankreuzen

Preise inkl. MwSt.

☐ Jahresabo Fr. 78.– / Ausland Fr. 98.–

☐ Einzelausgabe Fr. 8.– / Ausland Fr. 12.–

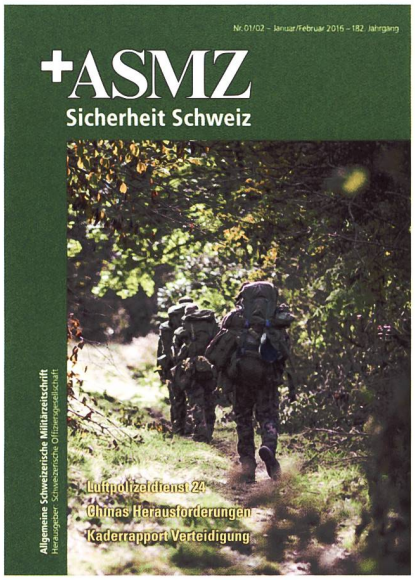
Name: _____ Vorname: _____

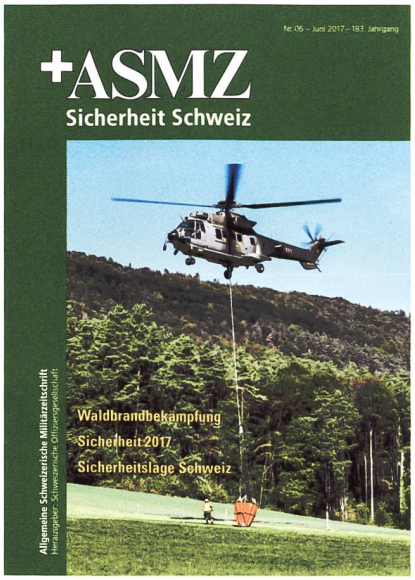
Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon Nr: _____ E-Mail: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Verlag Equi-Media AG
Brunnenstrasse 7
Postfach 732
8604 Volketswil
Telefon 044 908 45 65
Fax 044 908 45 40
abo@asmz.ch
www.asmz.ch





Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft